

von: Hermann Nehls (Leiter des Referats für Grundsatzfragen der beruflichen Aus- und Weiterbildung beim, DGB Bundesvorstand in Berlin und Redaktionsmitglied von denk-doch-mal) |

Dies ist die pdf-Fassung eines Beitrags aus der Online-Zeitschrift Denk-doch-Mal.de

Alle Texte sind urheberrechtlich geschützt.

Editorial

Eine gute Ausbildung ist die beste Voraussetzung, um sich auf dem Arbeitsmarkt behaupten zu können. Wer eine gute Berufsausbildung durchlaufen hat, ist dafür gerüstet, sich auch im weiteren Lebensverlauf auf neue Anforderungen einzustellen und sich aktiv weiterzubilden. Alle Jugendlichen haben ein Recht auf eine gute Berufsausbildung. Deutschland wird in Zukunft einen hohen Bedarf an gut ausgebildeten Fachkräften haben. Bereits heute klagen einzelne Branchen über einen akuten Fachkräftemangel. Auch deshalb muss allen Jugendlichen die Möglichkeit eröffnet werden, ihre Potenziale zu entwickeln. Niemand darf von der Schule in die Arbeitslosigkeit gehen. Diesem Anspruch wird die Situation im deutschen Berufsbildungssystem derzeit nicht gerecht.

Durch das unzureichende Angebot an betrieblichen Ausbildungsplätzen sind viele Jugendliche nach Verlassen der allgemeinbildenden Schule auf Maßnahmen außerhalb der dualen Ausbildung angewiesen. Dies ist vor allem auf die großen Probleme der vergangenen Jahre zurückzuführen, ein ausreichendes vollqualifizierendes Berufsbildungsangebot bereitzustellen. Während die Zahl der Schulentlassenen aus demografischen Gründen bis Mitte der 90er Jahre anstieg, verringerte sich das Ausbildungsplatzangebot im dualen Berufsbildungssystem. In Folge des „Staus“ beim Übergang in eine Berufsausbildung stieg das Nachfragepotenzial von Jugendlichen, die sich um eine duale Berufsausbildung bemühten, massiv an und übertraf das verfügbare Ausbildungsangebot in immer stärkerem Maße. Der gerade veröffentlichte 3. Nationale Bildungsbericht zeigt die Folgen besonders für Hauptschulabsolventen beim Übergang in eine berufliche Bildung. Besonders betroffen: Jugendliche mit Migrationshintergrund.

Die Effektivität der Übergangsmaßnahmen ist zu hinterfragen. Von der größten Gruppe der Teilnehmer an Übergangsmaßnahmen, den Jugendlichen mit und ohne Hauptschulabschluss, gelingt nur einem Drittel im Laufe von 18 Monaten die Einmündung in eine vollqualifizierende Ausbildung. Zweieinhalb Jahre nach Schulende hat sich dieser Anteil auf 50% erhöht. Insgesamt befinden sich zweieinhalb Jahre nach Schulabschluss drei Viertel aller Jugendlichen in einer voll qualifizierenden Ausbildung, bei den Jugendlichen mit und ohne Hauptschulabschluss sind es 60%.

Wie das Übergangspanel des Deutschen Jugendinstituts (DJI) zeigt, befindet sich vier Jahre nach Verlassen der Schule jede/r vierte Hauptschüler/in in der Ausbildungslosigkeit. Dabei ist das Problem nicht, dass diesen Jugendlichen keine Qualifizierungsangebote gemacht wurden oder dass diese sich einer Teilnahme an solchen Angeboten verweigert hätten. Das Problem ist, dass mit diesen Angeboten das angestrebte Ziel nicht erreicht wurde, nämlich den Jugendlichen den Zugang zur Berufsausbildung zu eröffnen.

Der Übergang Schule Beruf ist zu einem überkomplexen und intransparenten Förderdschungel mit einer Fülle unterschiedlicher Maßnahmen für diverse Zielgruppen geworden. Die Trägerstrukturen (Land, Kommunen, BA, Argen etc.) sind vielfältig, die Finanzierungsströme verworren. Ein tragfähiges, auf Langfristigkeit abgestelltes Gesamtkonzept ist nicht zu erkennen: Ein nicht unerheblicher Teil der Übergangsmaßnahmen weist nur wenig Anschlussfähigkeit und Arbeitsmarktakzeptanz im Vergleich zu einer traditionellen Berufsausbildung auf. Über die Jahre hat ein Ansehensverlust von Berufsvorbereitungsmaßnahmen eingesetzt. Die Folge: Eine Stigmatisierung der Jugendlichen durch „Maßnahmekarrieren“, die die Chancen auf einen betrieblichen Ausbildungsplatzes weiter sinken lassen.

03-10: Kein Anschluss - Das Übergangssystem

von: Hermann Nehls (Leiter des Referats für Grundsatzfragen der beruflichen Aus- und Weiterbildung beim, DGB Bundesvorstand in Berlin und Redaktionsmitglied von denk-doch-mal) |
Dies ist die pdf-Fassung eines Beitrags aus der Online-Zeitschrift Denk-doch-Mal.de
Alle Texte sind urheberrechtlich geschützt.

Darüber hinaus wird das Gelernte nicht in der Berufsausbildung anerkannt.

Vieles müsste sich ändern, damit Jugendliche besser auf die raue Wirklichkeit des Arbeitsmarktes vorbereitet werden. Zu allererst ist zu nennen die Schaffung eines auswahlfähigen Angebots an dualen Ausbildungsplätzen. Da ist die Wirtschaft in der Pflicht. Die Ausbildungsumlage könnte helfen, mehr Gerechtigkeit zu schaffen zwischen Betrieben, die ausbilden und Betrieben, die nicht ausbilden. Die Schule könnte sehr schnell vieles besser machen. Berufsorientierung müsste fest im Schulalltag verankert werden. Sie sollte gemeinsam mit einer umfangreichen Beratung und Begleitung der Berufswahl ein Pflichtangebot in allen allgemeinbildenden Schulen sein und spätestens in der 7. Klasse beginnen. Dafür muss die Berufsorientierung stärker in der Lehreraus- und -fortbildung berücksichtigt werden. Berufsorientierung sollte klassen- und stufenübergreifend organisiert sein und sich am individuellen Bedarf des einzelnen Jugendlichen ausrichten. Die Berufsorientierung findet nicht allein im Klassenraum statt, sondern auch an außerschulischen Lernorten, insbesondere den Lernorten der beteiligten Kooperationspartner (in Betrieben bzw. Unternehmen und/ oder in Lernwerkstätten der beruflichen Schulen bzw. der außerschulischen Bildungsträger).

Um die „richtige“ Wahl zu treffen, bedarf es einer konsequenten und kontinuierlichen Berufswegeorientierung. Nur wer sich frühzeitig mit der Frage seiner beruflichen Zukunft und seinen individuellen Möglichkeiten auseinandersetzt, Erfahrungen sammelt und die Berufswelt erlebt, kann überhaupt eine Wahl treffen. Untersuchungen belegen: Dort wo eine systematische Orientierung auf den Übergang Schule Beruf stattfindet, ist die Vermittlung Jugendlicher nach der Schule wesentlich erfolgreicher.

Ausbildungsmärkte sind regionale Märkte. Das bedeutet, dass den lokalen Akteuren für die Gestaltung des Übergangs Schule Beruf eine herausragende Rolle zukommt. Sie bilden die Schnittstelle zwischen Jugend-, Bildungs- und Arbeitsmarktpolitik. Für den Jugendlichen entscheidet sich vor Ort, ob der Einstieg und die Integration in das Berufsleben gelingen. Folglich müssen die Kompetenzen und Zuständigkeiten aller beteiligten Akteure zielgerichtet und transparent gebündelt und vernetzt werden. Notwendig sind klare Verantwortlichkeiten auf kommunaler Ebene. Kommunen müssen ihre Koordinationsfunktion besser ausfüllen. Dafür brauchen sie Unterstützung von Bund und Land.

Für Jugendliche, die nicht im ersten Anlauf einen Ausbildungsplatz bekommen haben, können Tarifverträge die Möglichkeit eröffnen, eine betriebliche Ausbildungsvorbereitungsphase zu vereinbaren. Über die weitgehende Integration in die Belegschaft des Betriebes und in den betrieblichen Arbeitsprozess soll die Motivation zur Ausbildung gestärkt und durch gezielte Förderung (z. B. Abbau schulischer Defizite, Aufbau sozialer Kompetenz, sozialpädagogische Begleitung) die Ausbildungsfähigkeit erhöht werden. Die betriebliche Praxis steht hier im Mittelpunkt. Es soll erreicht werden, dass die Teilnehmer am Ende der Fördermaßnahme in ein anerkanntes Berufsausbildungsverhältnis übernommen werden können.

Aktuelle Analysen zur Situation von Jugendlichen im Übergang Schule Beruf werden in dieser Online-Ausgabe von denk-doch-mal von Joachim Gerd Ulrich vom Bundesinstitut für Berufsbildung dokumentiert. Darüber hinaus liegt ein Schwerpunkt der Online-Ausgabe darauf, Handlungsmöglichkeiten zu beschreiben: Hans Dieter Metzger stellt das kommunale

03-10: Kein Anschluss - Das Übergangssystem

von: Hermann Nehls (Leiter des Referats für Grundsatzfragen der beruflichen Aus- und Weiterbildung beim, DGB Bundesvorstand in Berlin und Redaktionsmitglied von denk-doch-mal) |

Dies ist die pdf-Fassung eines Beitrags aus der Online-Zeitschrift Denk-doch-Mal.de

Alle Texte sind urheberrechtlich geschützt.

Bildungsmanagement Nürnberg vor; Rainer Schulz und Katja Horsmann beschreiben, was sich hinter dem Hamburger Ausbildungsmodell verbirgt; Wilfried Kruse stellt die Weinheimer Initiative vor. Thomas Strehle macht Vorschläge, was sich an der Hauptschule verändern müsste, damit sie bessere Anschlüsse schafft. Den besten Anschluss für die Hauptschule sehen die Baden Württembergischen Schulleiter von Hauptschulen – sie fordern deren Abschaffung. Wir dokumentieren den immer noch aktuellen Aufruf aus dem Jahr 2007.